

**Pressemitteilung**  
3. Dezember 2014

Ostdeutschland vor massivem Beschäftigungsabbau  
**Durch den Mindestlohn gehen bis zu 570.000 Arbeitsplätze verloren**

Berlin – Zwischen 250.000 und 570.000 Arbeitsplätze werden nach neuesten Berechnungen durch den gesetzlichen Mindestlohn ab 1. Januar 2015 in Deutschland wegfallen. Das zeigen die Ergebnisse der aktuellen Simulationsstudie „Regionale und qualifikationsspezifische Auswirkungen des Mindestlohns – Folgenabschätzung und Korrekturbedarf“ der Mindestlohnexperten **Prof. Dr. Ronnie Schöb**, Freie Universität Berlin, CESifo und ifo Dresden, und **Prof. Dr. Andreas Knabe**, Universität Magdeburg und CESifo, im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**.

Im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung werden **in Ostdeutschland bis zu elfmal mehr Stellen wegfallen** als in Westdeutschland. Die höchsten Arbeitsplatzverluste zeichnen sich in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und in Sachsen-Anhalt ab, mit Beschäftigungseinbußen von zum Teil über vier Prozent.

Brandenburg ist aufgrund seiner Nähe zu Berlin etwas besser gestellt als die anderen ostdeutschen Bundesländer; Berlin nimmt eine Mittelstellung zwischen alten und neuen Bundesländern ein. In den alten Bundesländern finden sich die höchsten Beschäftigungsverluste in Schleswig-Holstein. Die geringsten Verluste werden für die südlichen Bundesländer sowie das Saarland vorhergesagt.

Besonders hoch sind die prognostizierten Beschäftigungsverluste bei den geringfügig Beschäftigten. **Im Osten Deutschlands wird voraussichtlich fast jeder vierte dieser Jobs wegfallen** (24,9 Prozent in Sachsen-Anhalt, 21,8 Prozent in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern).

Die Wahrscheinlichkeit eines Jobverlusts hängt – neben regionalen Merkmalen – vor allem von individuellen Qualifikationen ab: „Bei den Hochschulabsolventen gibt es kaum einen Unterschied in der Betroffenheit zwischen Ost- und Westdeutschland, sie liegt für die Gesamtbeschäftigung je nach Modell nur zwischen 0,1 und 0,2 Prozent bei Vollzeitbeschäftigten“, so **Schöb** und **Knabe**. Bei Personen ohne Berufsabschluss seien die erwarteten Beschäftigungsverluste im Osten allerdings deutlich höher als im Westen. „In Westdeutschland drohen 3 Prozent der Arbeitsplätze dieser Qualifikationsgruppe verloren zu gehen, in Ostdeutschland sogar 7,4 Prozent“, so Schöb weiter.

„Der gesetzliche Mindestlohn wird vor allem jenen schaden, denen die Politik vorgibt zu helfen, nämlich Arbeitnehmern mit geringen Qualifikationen“, sagt **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM. „Es wird in den nächsten Jahren darum gehen, die negativen Folgen zu begrenzen und weitere Regulierungen des Arbeitsmarktes zu verhindern.“

Wollte der Staat die negativen Beschäftigungseffekte durch **Lohnsubventionen** ausgleichen, müsste er nach Berechnungen der Wissenschaftler dafür jährlich bis zu **acht Milliarden Euro** aufbringen.

In der Studie wurde außerdem berechnet, wie sich eine **Anhebung der Mindestlohn-Altersgrenze auf 25 Jahre** auswirken würde. Demnach könnten durch eine solche Maßnahme bis zu 110.000 Jugendliche ohne Ausbildung in ihren Beschäftigungsverhältnissen gehalten werden.

**Die vollständige Studie finden Sie unter [www.insm.de/presse](http://www.insm.de/presse).**

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.